JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE BREMEN

AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG

Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt

Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet

Verlagsort Kassel

Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 2 | **Bremen, den 1. Februar 1930** | **2. Jahrgang**

JÜDISCHES
GEMEINDEBLATT
MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE
AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG **BREMEN**
Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt
Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet
Verlagsort Kassel
Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 2 | **Bremen, den 1. Februar 1930** | **2. Jahrgang**

Vorsteherbund der jüdischen Gemeinden Nordwest-Deutschlands.

Die dritte Bundestagung der nordwestdeutschen Vorsteher war auf Sonntag, 19. Januar, nach Oldenburg einberufen worden, wo sie um 10½ Uhr im großen Saale des Hotel „Graf Anton Günther" eröffnet wurde. Als Delegierte der jüdischen Gemeindeverwaltungen waren anwesend:

Aus dem Bezirk Oldenburg: M. Landsberg-Oldenburg, Jul. de Beer-Oldenburg, Benno Seligmann-Oldenburg, Elias Meyer-Oldenburg, Frau Leni de Levie-Oldenburg, M. Gröschler-Jever, Jul. Schwabe-Jever, S. Auerhann-Delmenhorst, Gerson-Vechta, Georg Willner-Cloppenburg, De Haas-Wildeshausen, Erwin Levy-Nordenham.

Aus dem Bezirk Ostfriesland: Bernhard Polak-Emden, Louis Wolff-Emden, Max van der Walde-Emden, Lehmann Rosenberg-Leer, Jakob L. Pels-Leer, Sämmy Rosenberg-Leer, Harry Knurr-Leer, Moses de Vries-Leer, Alfred Paul-Wilhelmshaven, Adolf Weinberg-Norden, Richard Stein-Neustadt-Gödens, Nathan Löwenstein-Wittmund, J. Watermann-Bunde, Jos. Arons-Weener.

Aus dem Bezirk Stade: Jul. Schocken-Bremerhaven (Wesermünde), Fedor Sander-Bremerhaven, Jacob Wolff-Vegesack (Aumund), Sigmund Wolff-Vegesack, Moritz Kayser-Blumenthal, (Hnn), Jul. J. Löwenstein-Verden.

Aus dem Bezirk Bremen: Max Markreich-Bremen, Nathan Grünberg-Bremen, Max Reifenberg-Bremen.

Mit Entschuldigung fehlten: die Herren Dr. P. Hes-Bremen, A. van Dyk-Aurich, Leo Bein-Wilhelmshaven, D. Cohen-Dornum, Friedländer-Stade, J. Heidemann-Scharmbeck.

Ohne Entschuldigung fehlten die Vorsteher aus Achim, Berne, Bremervörde, Esens, Jemgum, Sandstedt und Varel.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Jahresbericht, General-Debatte
2. Rechnungsablage 1929, Entlastung, Voranschlag 1930
3. Wahl von 5 Vorstehern in den Verwaltungs-Ausschuß
4. Schiedsstelle für Steuer-Differenzen
5. Beamten-Austausch
6. Hebung des Gottesdienstes (Referent: Herr Jacob Wolff-Vegesack)
7. Austritt aus den Gemeinden (Referent: Herr S. Auerhann-Delmenhorst)
8. Jüdische Jugend
9. Stellung zu den Rabbinern
10. Abwehrbewegung
11. Verschiedenes.

Nach Eröffnung der Tagung durch den Vorsitzenden des Verwaltungs-Ausschusses, Herrn Max Markreich-Bremen, und einem Dank an den Vorsteher der Jüdischen Gemeinde Oldenburg für geleistete Vorarbeit erhielt Herr Moritz Landsberg das Wort, um namens der Gemeinde Oldenburg einen herzlichen Willkommensgruß zu entbieten und den Verhandlungen einen guten Verlauf zu wünschen. — In seiner Begrüßung fortfahrend, begründete der Vorsitzende die heutige Zusammenkunft mit der Notwendigkeit, „Wege zu suchen, wie den Widerständen, die sich uns von innen und außen entgegentürmen, am wirksamsten zu begegnen ist." Seit der Junitagung habe sich die wirtschaftliche Lage des jüdischen Mittelstandes, sonst der Träger aller jüdischen Interessen, weiter verschlechtert; die Auswirkung dieses Zustandes, noch verschlimmert durch die mit unerschöpflichen Mitteln arbeitende antisemitische Boykott-Propaganda, sei schon jetzt ruinös für viele jüdische Gemeinden, sodaß die Schaffung des Reichsverbandes, der allein wirksam helfen könne, mit Sehnsucht erwartet werde. Auf die besonders katastrophale Lage der jüdischen Landesgemeinde Oldenburg übergehend, gedachte Redner des großen Mannes, der genau vor 100 Jahren in Oldenburg sein erstes rabbinisches Amt angetreten habe: Samson Raphael Hirsch; hier habe er seine weltbekannt gewordenen „19 Briefe über Judentum" und das epochale Werk „Chorew, Versuche über Jisroels Pflichten in der Zerstreuung" geschrieben. Heute gelte es, nicht nur der eigenen Jugend, sondern auch der andersgläubigen Umwelt Judentum vorzuleben und durch positive Leistungen zugleich der Abwehr gegen den Antisemitismus zu dienen. Es sei nicht Sache der Gemeinden, in den politischen Abwehrkampf einzugreifen, aber jede jüdische Gemeinde müsse ihre Institutionen auf einer solch mustergültigen Höhe halten, daß auch der Judengegner sie anerkennt. Durch solche Leistungen tragen die Gemeinden zur Entgiftung des öffentlichen Lebens bei, zugleich im Geiste von Samson Raphael Hirsch wirkend, eingedenk seiner Worte:

„Der Jude ist Jude geblieben,
trotz Qualen, die schreckten;
trotz Güter, die lockten,
um nur treu zu bleiben seiner Pflicht,
um nur die hohe Aufgabe zu erfüllen, die Gott ihm gesetzt:
zu lieben den Ewigen, seinen Gott,
mit ganzem Herzen, ganzer Seele und ganzem Vermögen."

Der Vorsitzende erstattete alsdann den Jahresbericht, den er mit Erwähnung des im Berichtsjahre verstorbenen Herrn Louis Blumann, Vorstehers der jüdischen Gemeinde Wesermünde-Bremerhaven, begann, zu dessen Ehre sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben. — Von freudigen Ereignissen waren zwei Synagogen-Jubiläen erwähnenswert: die Gemeinde Weener feierte am 20. September das hundertjährige und die Gemeinde Norden am Sabbat Chanukah das 125jährige Bestehen ihrer Gotteshäuser. Beide Gemeinden können auf eine vielhundertjährige Geschichte zurückblicken, die mit der ersten Einwanderung von Juden in Ostfriesland aufs engste verknüpft ist.

Seit Begründung des Vorsteherbundes haben zwei Tagungen und zwar am 26. Dezember 1928 und am 16. Juni 1929, beide in Bremen, stattgefunden, Die Anregungen und Ergebnisse dieser Besprechungen konnten die Gemeindeverwaltungen an Hand der ihnen zugegangenen Protokolle verwerten, deren Wiederholung sich damit erübrigt. — Die Synagogen-Gemeinde Hagen (Bezirk Bremen) hat gebeten, das Protokoll der vorigen Tagung dahin zu berichtigen, daß sie im Gegensatz zu der anderslautenden Mitteilung an einen Verkauf ihrer Synagoge nicht denke. — Dem Provinzialverband für jüdische Wahlfahrtspflege Hannover-Braunschweig-Oldenburg (Sitz: Hannover) ist auf Anfrage erwidert worden, daß ein Eingriff in seine Befugnisse nicht beabsichtigt sei und nur ein Hand-in-Hand-Arbeiten in Frage käme. — Die Austrittserklärung eines prominenten Steuerzahlers aus der Gemeinde Achim konnte durch das Dazwischentreten des Verwaltungs-Ausschusses rückgängig gemacht werden. — Wegen Ermäßigung der Preise für Mazzoth und Verpackung fanden mehrmals Verhandlungen statt. — In der Frage der Bildung eines Konkordats zwischen den jüdischen Gemeinden und dem Staate lag ein Bericht des Deutsch-Israelitischen Gemeinde-Bundes vor; desgleichen ein Antwortschreiben auf die Anfrage wegen Nichtberücksichtigung der nordwestdeutschen Länder bei Entsendung von Vertretern in das Initiativ-Komitee für die Erweiterung der Jewish Agency. Beide Schriftstücke gelangen zur Verlesung. — Durch Verbreiterung der Basis des „Jüd. Gemeindeblattes Bremen" ein Organ für den Vorsteherbund zu schaffen, scheiterte bislang an der mißlichen Finanzlage, in der sich die meisten Gemeinden befinden; die Gemeinden Oldenburg und Verden sahen sich genötigt, aus diesem Grunde völlig abzulehnen, während Emden, Bremerhaven, Wesermünde, Aumund-Vegesack und Achim zustimmenden Bescheid gaben, ohne daß es jedoch möglich war, die Forderungen des Verlags mit den Bewilligungen der Gemeinden ganz in Uebereinstimmung zu bringen. Dabei wird allgemein als richtig anerkannt, daß es durchaus notwendig sei, den Konnex mit sämtlichen jüdischen Familien durch Schaffung des Bundesorgans fester zu knüpfen, damit ihre Verbindung mit dem großen Ganzen nicht locker wird.

Es folgte dann ein kurzer Bericht über die Berliner Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft jüdischer Gemeinden vom 5. Januar. Erst wenn der Reichsverband vorhanden sei, bestehe durch Bildung der Reichsgemeinde die Möglichkeit einer einheitlichen Besteuerung sämtlicher Juden; dann würden solch hohe Prozentsätze jüdischer Gemeindesteuern wie 35 Prozent, 65 Prozent und darüber nicht mehr notwendig sein. Allerdings seien auch die Verwaltungen mancher Großgemeinden heute von großer Sorge um den Ausgleich ihres Etats erfüllt, weil der Niedergang alter jüdischer Handelshäuser ihre Steuereingänge bedeutend vermindert.

Der Bericht gibt ferner Hinweise auf die Tätigkeit der jüdischen Verbände und Groß-Organisationen (Central-Verein, Palästinawerk, Friedensbund, Ehe-Anbahnungsstelle, Familienforschung usw.), deren Förderung trotz aller eigenen Nöte unabweisliche Pflicht der jüdischen Gemeinden bleibe; hierzu gehöre vor allem auch die Bekämpfung der bevölkerungspolitischen Gefahren, von denen das deutsche Judentum bedroht sei. Kein Gemeindevorsteher dürfe sich den Anregungen der großen Verbände verschließen! Durch Verwirklichung neuer Ideen müsse frisch pulsierendes Leben in die Gemeinden getragen und so ein interessierter Nachwuchs für die Verwaltung der Gemeinde und die Leitung der Gemeindevereine herangezogen werden, um den Weg der Zukunft zu bahnen.

In der General-Debatte, deren Einflechtung in den Bericht gewünscht wurde, wurden zunächst die hohen Mazzothpreise beanstandet. Es sei untragbar, daß die mit Erhöhung der Getreidezölle begründete Preissteigerung, die inzwischen im Handel wieder wettgemacht sei, auf Kosten der Verbraucher gehe und daß außerdem noch hohe Kosten für die Verpackung bezahlt werden müßten. Der Vorschlag ging dahin, eine Kommission zu wählen, die mit dem Hauptlieferanten für Nordwestdeutschland in Verhandlung zu treten habe, um eine Herabsetzung der Preise zu erwirken; im Fall eine Preissenkung nicht zu erreichen sei, so wäre evtl. gemeinsamer Bezug aus Holland oder Palästina in Betracht zu ziehen. — In die Kommission werden die Herren Louis Wolff-Emden und Fedor Sander-Bremerhaven gewählt.

Eine ausgedehnte Besprechung verursachte die Frage des Konkordats der Kirchengemeinden mit Preußen. Es wird beschlossen, an den preußischen und an den bayrischen Landesverband jüdischer Gemeinden Resolutionen des Inhalts zu richten, daß die Arbeiten zur Schaffung des Reichsverbandes beschleunigt werden mögen, damit der Notlage der kleinen Landesverbände gesteuert werden kann, ehe es zu spät ist. In Angelegenheit der katastrophalen Lage der Landesgemeinde Oldenburg findet im Anschluß an die heutige Tagung nachmittags 3,30 Uhr eine vertrauliche Besprechung mit den jüdischen Instanzen statt.

Betreffs Schaffung eines Bundesorgans wird festgestellt, daß das „Jüdische Gemeindeblatt Bremen" hohen kulturellen Wert habe und daß eine Zustellung in jedes jüdische Haus durchaus wünschenswert sei. Die Gemeindeverwaltungen erhielten indes keine Genehmigung, Beträge für Zwecke des Gemeindeblattes in den Etat einzustellen, während es andererseits nicht anginge, die Kosten von den einzelnen Mitgliedern einzuziehen. Die Debatte zeigte, daß zwar der gute Wille für kulturelle Dinge vorhanden ist, daß aber die finanziellen Kräfte fehlen. Eine weitere Vertagung der Gemeindeblatt-Angelegenheit erscheint daher unumgänglich.

Den Rechnungsbericht erstattet Herr Max Reifenberg-Bremen. Danach sind ab Dezember 1928 bis Ende Juli 1929 insgesamt 277,70 Mark verausgabt und auf die vier Bezirke repartiert worden. Dem Rechnungsführer wird Entlastung erteilt und der Voranschlag mit 300 Mark für 1930 genehmigt. Eine Beitragserhebung hat im Berichtsjahre nicht stattgefunden.

Anschließend erfolgt die Wiederwahl der bisherigen fünf Vorsteher als Mitglieder des Verwaltungs-Ausschusses, die berechtigt sind, im Verhinderungsfalle ein ihnen geeignet erscheinendes Mitglied ihrer Gemeindeverwaltung als Vertreter in die Ausschuß-Sitzungen zu entsenden. Die Herren B. Polak-Emden, L. Rosenberg-Leer, J. Schocken-Bremerhaven, Jac. Wolff-Vegesack erklären sich mit der Wiederwahl einverstanden, während Herr Alfred Paul-Wilhelmshaven für den erkrankten Herrn Leo Bein-Wilhelmshaven das Einverständnis erklärt.

An Hand der Präsenzliste wird die Anwesenheit von 35 Mitgliedern jüdischer Gemeindevertretungen festgestellt.

Die Tagesordnung wird durch Geschäftsordnungsbeschlüsse dahin geändert, daß Punkt 4 an Punkt 7 und Punkt 5 an Punkt 6 anzuschließen ist.

Alsdann referierte Herr Jacob Wolff-Vegesack über das Thema: „Hebung des Gottesdienstes". Es sei angebracht, von Zeit zu Zeit fremde Vorbeter kommen zu lassen, einmal um den eigenen Beamten anzuspornen, dann aber auch, um den Gottesdienst zu beleben und dadurch der Gleichgültigkeit vieler Abseitsstehender zu steuern. Junge Leute müßten zum Vorbeter herangebildet werden, damit Gemeinden, die weder Lehrer noch Vorbeter haben, wenigstens den Gottesdienst nicht zu entbehren brauchen. — In der Aussprache wird, wie schon früher erwähnt, auf die Erfolge in der Gemeinde Norden hingewiesen, wo der Lehrer acht junge Leute zu Vorbetern ausgebildet habe. Leider habe aber der zuständige Rabbiner nicht gestattet, daß sie sich kantoral betätigen, weil sie den religionsgesetzlichen Bestimmungen nicht Genüge leisten. — Die Gemeinde Jever ist eine Interessengemeinschaft mit Wilhelmshaven-Rüstringen eingegangen; sie hat keinen eigenen Lehrer mehr, sondern nur einen nebenamtlichen Vorbeter; der Lehrer komme alle vier Wochen einmal aus Wilhelmshaven, um Gottesdienst abzuhalten. — Eine ähnliche Vereinbarung besteht schon schon lange zwischen Bremen und Delmenhorst betreffs Unterrichtserteilung; es sei auch bekannt, daß die Gemeinde Hamburg den Schächtbeamten für Lübeck stellt. — Die Anregung betreffs Austausch von Beamten wird noch insoweit ergänzt, als die Gemeinden sich nicht allein mit Schächtern gegenseitig aushelfen mögen; auch die Rabbiner und Kantoren seien zu veranlassen, bei den Bezirksgemeinden zuweilen zu gastieren, um so zur Hebung des Gottesdienstes und des Gemeindelebens beizutragen.

Ueber den bedauerlichen Niedergang der alten Gemeinde Bunde berichtet Herr Watermann. Ein Lehrer kann infolge der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage nicht mehr gehalten werden. Die Gemeinde sah sich daher gezwungen, seit dem letzten Laubhüttenfest die Synagoge zu schließen. Alle erdenklichen Bemühungen, Beihilfen von jüdischen Organisationen zu erhalten, seien gescheitert. — Von anderer Seite wird dem entgegengehalten, daß Beamte nicht hilfsweise nach Bunde kommen können, weil sie daselbst keine Verpflegungsmöglichkeit hätten.

Herr Sander-Bremerhaven wiederholt seinen früheren Wunsch, mehr für die Jugend zu tun, um sie zum Besuch des Gottesdienstes zu veranlassen. Redner verlangt Reformierung des Gottesdienstes, mehr deutsche Gebete, Chor. Es sei nötig, ungläubige Juden mit zur Synagoge zu nehmen, sie auf den Inhalt des Kaddischgebetes usw. aufmerksam zu machen, sie zur häuslichen Freitagabendfeier einzuladen, ihnen die Behandlung der Toten zu zeigen, um Erfolge zu erzielen. Redner stellt den Antrag, die Tagungen mindestens in jedem Quartal stattfinden zu lassen, um sich über alles aussprechen zu können.

Das Referat: „Austritt aus den Gemeinden" hält Herr S. Auerhann-Delmenhorst. Allein aus der Landesgemeinde Oldenburg seien seit 1924 24 Austritte erfolgt (Oldenburg 8, Delmenhorst 9, Varel 6, Rüstringen 1). Diese erschreckend hohe Zahl stehe in keinem Verhältnis zur geringen Seelenzahl des kleinen Ländchens Oldenburg. Solchen Mißständen müsse Einhalt geboten werden. Allerdings erfolge der Austritt nicht immer auf Grund zu hoher steuerlicher Belastung; es sei eine traurige Zeiterscheinung, die mit den vielen Austritten aus den evangelischen und katholischen Kirchengemeinden in letzter Zeit in Parallele zu stellen ist. Aus den jüdischen Gemeinden treten mehr Männer als Frauen aus: teils seien die Steuerlasten zu drückend, teils sei die Unzufriedenheit in den Gemeinden zu groß. Abhilfe kann nur durch Zentralisation aller Gemeinden geschaffen werden.

In der Debatte wird betont, es gehe keinesfalls an, daß Frauen nach dem Austritt ihrer Männer Gemeindemitglieder bleiben und nur die halben Steuern zahlen; das reize nur zur Nachahmung. Ein Vorsteher erklärt, man dürfe nicht jeden Austrittler ohne weiteres verdammen, denn es sei Tatsache, daß manchmal wenige Mitglieder in gewissen Gemeinden 30–40% aller Gemeindesteuern aufbringen sollen. Zur Steuerzahlung müßten sämtliche wahlberechtigten Mitglieder herangezogen werden; da sei den Vorständen eine breite Basis für eine gerechte Verteilung der Steuern gegeben. Herr Jul. Schocken-Bremerhaven berichtet über den Steuermodus in Wesermünde; es habe sich sehr bewährt, die Zensiten nicht nach der Einkommensteuer, sondern nach dem tatsächlichen Einkommen zu besteuern. Weitere Möglichkeiten bieten die Besteuerungen nach dem Vermögen und nach dem Verbrauch. Zur Beilegung von Steuerdifferenzen beantragt Redner die Schaffung einer Schiedsstelle beim Vorsteherbund.

Im Verlauf der lebhaften Diskussion wird dringend empfohlen, Takt und Liebenswürdigkeit an den Tag zu legen, um Austritte zu verhindern bzw. um Ausgetretene zum Wiedereintritt zu veranlassen. An Hand naheliegender Beispiele zeigt Herr B. Polak-Emden, daß es durchaus möglich sei, Austrittserklärungen auf dem Verhandlungswege rückgängig zu machen. Herr L. Rosenberg-Leer beanstandet die Steuerfreiheit der Beamten; ihm wird erwidert, daß die Besteuerung der Beamten deren Aufnahme in Vorstand und Repräsentanz zur Folge habe, was durchweg nicht erwünscht sei.

Die beiden vorliegenden Anträge werden in der Abstimmung genehmigt: 1. Tagungen sollen in jedem Quartal stattfinden. 2. Die Errichtung einer Schiedsstelle ist sofort in die Wege zu leiten. Die betroffenen Gemeinden sollen sich an den Verwaltungs-Ausschuß zwecks Intervention wenden; der für jeden Fall drei geeignete Persönlichkeiten mit Erledigung der Angelegenheit zu betrauen hat. Entstehende Kosten hat die antragstellende Gemeinde zu tragen. Zunächst ist mit den 24 oldenburgischen Austrittlern der Versuch zu machen.

Das Referat betr. Jüd. Jugend wird wegen Erkrankung des Referenten abgesetzt; das Referat des Herrn Wolff-Emden soll wegen vorgerückter Zeit auf der nächsten Tagung erstattet werden.

Zum nächsten Tagungsort wird Leer bestimmt. Vorsitzer macht zum Schluß noch auf das Jüdische Altersheim Bremen aufmerksam, das schon eine Reihe Insassen aus dem nordwestdeutschen Bezirk zu betreuen habe. Zur Zeit sei das Heim voll besetzt, Voranmeldungen würden aber gern ent-

gegengenommen. Ferner bittet er, für Zwecke der Wanderfürsorge Ablösungsbeiträge, wie früher, nach Bremen abzuführen, um den Wanderbettel nach Möglichkeit zu unterbinden.

Schluß: 13¾ Uhr.

Im Anschluß an die Verhandlungen fand ein gemeinsames Fischessen statt.

Um 15½ Uhr versammelten sich die Anwesenden aufs neue, um gemeinsam mit den Mitgliedern des jüdischen Landesgemeinderats und des jüdischen Landesausschusses einen Bericht über die schlechte Finanzlage der Landesgemeinde Oldenburg entgegenzunehmen und um Auswege aus der Misere zu suchen. Die Besprechungen, welche vertraulichen Charakter trugen, zogen sich bis 17 Uhr hin und führten zur Bildung einer Spezialkommission, deren Ergänzung durch einige prominente jüdische Herren aus Nordwestdeutschland vorgesehen ist.

Kaddisch und Jahrzeit.

Von J. B. Levy, Frankfurt a. M.

— Schluß —

So werden die Kernworte des Kaddisch, „J'he sch'meh rabboh m'worach", zu Trostworten, Nechmoßoh, für den Weltenrichter ob des harten Urteils, das er Seinem Volke einst sprechen mußte.

Danach müssen wir also andere Beziehungen zu finden suchen, die zu dem Gebrauch des Kaddisch als Gebet der Trauernden führen. Dazu ist es wahrscheinlich geworden, als nach dem oben erwähnten Lehrvortrag am Sabbath der Trauerwoche nach dem Gottesdienst ein Segen über die Trauernden ausgesprochen wurde, an den sich das Kaddisch d'rabbonon schloß, eine Gebetformel, in der Gottes Segen und höchstes Erdenglück für Lehrer und Schüler des Thora- und Talmudstudiums erbeten wurde. Daß dieses Gebet mit der Zeit geläufig und von den Trauernden mitgesprochen wurde, führte wohl nach und nach zu der Sitte, das Kaddisch überhaupt von trauernden Kindern zum Ardenken an die Eltern vor versammelter Gemeinde sprechen zu lassen. Ganz besonders die in der Einleitung wiedergegebene Akiba-Legende, in der die geheimnisvolle Kraft der durch die hinterbliebenen Waisen dargebrachten Gotteshuldigung für das Seelenheil des Verstorbenen aufgezeigt wird, hat in den Tagen und in den Kreisen des wachsenden Mystizismus und Chassidismus im Mittelalter zum „Kaddischsagen" der Waisen geführt. Zwei Hauptmomente scheinen nun auch wirklich diese Sitte und dieses Gebet dafür ganz besonders zu begründen. Schwerstes Leid ist über uns hereingebrochen: wir stehen am Grabe unserer Eltern, derer, die uns das Leben gegeben, der Führer unserer Jugend, der Zier unseres Daseins. Wer hätte in solcher Stunde nicht schon dem Zweifel an Gottes Gerechtigkeit in seiner Seele stattgegeben, wer nicht schon mit dem göttlichen Walter unserer Geschicke im stillen gehadert? Da aber mahnt uns die Stimme der Religion: Du kleiner Mensch mit deinem kleinen Menschenverstand, wie kannst du es wagen, mit dem göttlichen Richter zu rechten? Wer könnte zu Ihm sagen: Was tust du? Er schaltet auf Erden und in der Höhe, tötet und belebt. Der Gerechtigkeit voll ist Seine helfende Rechte, wie Seine strafende Linke. Gerade ist Gott, kein Unrecht an Ihm. Er hat gegeben, Er hat genommen — der Name des Herrn sei gelobt! Aus diesen Gedankengängen heraus erheb dich aus deiner Zerknirschung, aus deiner Gebeugtheit, füge dich, o Mensch, in Gottes Gericht, preise den Gott, den deine Eltern dich lieben, dich preisen lehrten, bezwinge dein wogendes Gemüt, tritt hin vor Gott, vor die versammelte Gottesgemeinde und huldige dem Gott deiner Eltern, deiner Ahnen und rufe in Andacht und aus der Ueberzeugung der gerechten Waltung dessen, den du anbetest: Jis gaddal w'jiskaddasch sch'meh, rabboh! Gefeiert, geheiligt sei Sein großer Name!

Damit sind wir dem zweiten Grundgedanken dieses tiefsinnigen Brauches des Kaddischsagens bereits nahegekommen. Denn so aufgefaßt, stellt diese Pflicht ein durch dein ganzes Leben sich hinziehendes, nie zerreißendes Band her zwischen dir und deinen Eltern; ja in dem Bewußtsein, daß auch deine Kinder dereinst auf diese pietätvolle Weise dein gedenken werden, zwischen dir und der Zukunft. Und so baust du durch dein Kaddisch fort und fort an dem Bau des Bestandes des Judentums, so verbindest du dich mit der jüdischen Gesamtheit, mit dem Vergangenen und dem Kommenden, erhältst im Andenken an deine Eltern deine angestammte Religion, verkündest sie vor aller Welt, dankst deinen Eltern und Lehrern, daß sie dich gelehrt, zu Gott zu beten, rufst ihn an in Leid und Freud, ihn, den Gott deiner Vorfahren: J'he schmeh rabboh m'worach! Gepriesen sei Sein herrlicher Name!

„Fürwahr! — so sagt Leopold Kompert in einer seiner jüdischen Novellen — wenn es irgend ein Band gibt, stark und unauflöslich genug, um Himmel und Erde aneinanderzuketten, so ist es dieses Gebet! Es hält die Lebenden aneinander und bildet die Brücke in das geheimnisvolle Reich des Todes. Fast könnte man sagen, dieses Gebet sei der Hüter und Wächter des Volkes, von dem allein es gebetet wird; in ihm liegt die Bürgschaft seiner eigenen Fortdauer. Kann ein Volk untergehen und in das Nichts zerstäuben, so lange ein Kind seiner Eltern gedenkt?"

Wenn nun auch schon früher die Sitte bestand, der Todestage großer Männer, wie unseres Lehrers Mose am 7. Adar und des Statthalters Gedaliah am 3. Tischri, durch Gebet und Fasten zu gedenken, vielleicht auch den Todestag der Eltern so auszuzeichnen, so scheint doch das „Jahrzeit"-Halten erst im späteren Mittelalter in Deutschland entstanden zu sein. Isaak von Tyrnau ist der erste, der diese Sitte erwähnt, sogar unter dem Namen „Jahrzeit", der seit etwa dem 16. Jahrhundert nicht nur in unserem Vaterland, nein, wohl in aller Welt, der stehende Terminus für diesen Brauch geworden ist. Nach Isaak Lurea (1534—1572), dem großen Kabbalisten, liegt dem Kaddisch die wunderbare Kraft inne, um den ewigen Frieden der Dahingeschiedenen zu beten, und an jedem Jahrzeittage, an dem das hinterbliebene Kind zum Andenken an Vater oder Mutter dieses Gebet zum Lobpreise des Allvaters spricht, führt es seine Eltern in eine höhere Sphäre des Paradieses.

Das eben ist der Sinn des Jahrzeittages: das geistige Band immer wieder von neuem zu knüpfen zwischen uns und den uns teuren Dahingeschiedenen. Im Trauerjahr werden wir ihrer nicht vergessen. Aber das vielgestaltige, hastende Leben jagt über uns dahin, treibt uns in den Kampf ums Dasein, in den Taumel der Zerstreuung und tötet in uns die heiligsten Empfindungen, ja die seligsten Erinnerungen. Und mitten in diesem Wirrwarr des gegenwärtigen modernen Treibens und Getriebenwerdens — wie wohltätig, wie besänftigend, wie beschwichtigend, wie heilsam wirkt ein solcher Tag des Besinnens auf uns selbst, wirkt ein solcher Jahrzeittag auf unser wild wogendes, oft zerklüftetes Gemüt und heiligt uns im Andenken an den toten Vater, an die in Gott ruhende Mutter. Nachaloh, Erbe nennt der sephardische Jude diese Sitte, des Sterbetages der Eltern zu gedenken. Wahrlich, ein bedeutsames Wort! Denke einmal im Jahre an das Erbe, das du übernommen und das du auf spätere Geschlechter weiterzupflanzen als Kind, als Erbe verpflichtet bist. Dann gibt es kein Sterben, dann verliert der Tod seinen Stachel, dann ist der Jahrzeittag alljährlich ein Tag unserer Wiedergeburt, M'chajjeh hammeßim, der die Toten belebt und in uns den Gedanken vom Staube der Vergänglichkeit emporhebt zur Wiedergeburt, zur Ewigkeit, zur Auferstehung. Das geheimnisvolle Jenseits wird die in solcher Stunde, da du im Gedanken an deine Zeuger Zeugnis ablegst für deinen geerbten und zu vererbenden Glauben, zur beseeligenden Gewißheit göttlicher Ewigkeit — das ist die heilige und heiligende Kraft des Kaddisch am Jahrzeittage. — Das Licht, das du an diesem Tage entzündest, es wird zur wärmenden, leuchtenden Fackel in deiner eigenen Seele, es entzündet in dir immer wieder den etwa im Verlöschen begriffenen Funken des Religiösen, des dich mit dem Himmlischen Verbindenden. So verstehen wir selbst die Zahlenspielerei der Kabbalisten, die das Wort „Nër doluk" (brennendes Licht) an Zahlenwert seiner Konsonanten gleichgestellt haben dem die göttliche Majestät bezeichnenden „hasch 'chinoh". Ja, das Jahrzeitlicht ein Abbild Gottes selbst, wie des Abbildes unserer göttlichen Seele nach dem Worte des Spruchdichters: Nër adaunoj nischmas odom", ein Licht Gottes ist des Menschen Seele. (20,27.)

Und auch mit deiner Ortsgemeinde, dem kleinen Abbilde der großen jüdischen Gemeinschaft, verbindet dich die Aufrechterhaltung dieses durch die Jahrhunderte seines Alters geheiligten Brauches. Hat die Innigkeit deines religiösen Fühlens Schaden gelitten, so möge dich doch dieses Band kindlicher Pietät wieder an deine Zugehörigkeit zur Gesamtheit erinnern und dich wenigstens am Sabbat vor und an dem Todestage deiner Eltern selbst ins Gotteshaus führen. So bleibst du im Sinne der Dahingeschiedenen lebendiges Glied in der lebendigen Kette des lebendigen, nie sterbenden Gottesvolkes, des Priestervolkes der Menschheit, das mit vielen anderen herrlichen Gedanken auch diesen der Unsterblichkeit der Menschenseele der Menschheit geschenkt.

Mëssim j'chajeh El brauw chaßdau, boruch adë ad schëm t'hilloßau.

So belebt Gott die Toten in Seiner Gnaden Fülle! Gepriesen sei in Ewigkeit Seines Namens Ruhm.

Zur Lage der Juden in Deutschland.

Im neuen thüringischen Ministerium sitzt einer der radikalsten Nationalsozialisten als Innenminister. Diese Tatsache beleuchtet sinnfällig den Aufstieg der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, welche im Jahre 1923 nach dem Hitlerputsch in München für immerwährende Zeiten zusammengebrochen zu sein schien. Beim Entstehen dieser Partei versuchte man sich damit zu trösten, daß sie ein Produkt der furchtbaren Inflationszeit sei und daß nach Eintritt normaler Verhältnisse für dieses Gemisch aus primitivstem Nationalismus und unklaren halbsozialistischen Vorstellungen kein Raum mehr sein werde. Diese Hoffnung ist zunichte geworden. Die Verhältnisse in Deutschland haben sich einigermaßen stabilisiert, die Republik ist gefestigt — und trotzdem konnte das angebliche Inflationsprodukt des Nationalsozialismus eine ungeahnte Entwicklung nehmen. Jede Neuwahl bringt eine Steigerung der nationalsozialistischen Stimmen. Die Mitgliederzahl der Partei beläuft sich bereits auf Hunderttausende; in allen gesetzgebenden Körperschaften sitzen nationalsozialistische Vertreter; in vielen Landesparlamenten und Stadtvertretungen bilden die Nationalsozialisten einen ausschlaggebenden Bestandteil. Nicht nur Deutschnationale, sondern auch liberale Parteien, wie die Deutsche Volkspartei, finden es durchaus in der Ordnung, trotz ihrer bürgerlichen bzw. liberalen Einstellung mit den Nationalsozialisten, den theoretischen Antiparlamentariern, zu kooperieren. Mit der wachsenden Stärke der Partei schwindet in der öffentlichen Meinung der programmatisch gar nicht antisemitischen deutschen Volkskreise der von der liberalen Presse behauptete Abscheu vor den Lehren und der Praxis der Nationalsozialisten. Und es ist vorauszusehen, daß sich nicht nur in Thüringen, sondern auch in

anderen Teilen Deutschlands das deutsche Großbürgertum, Bürgertum und Kleinbürgertum mit der Existenz der Nationalsozialisten abfinden und sie als willkommene Bundesgenossen betrachten werden. Man darf sich in dieser Hinsicht nicht täuschen. Der Antisemitismus der Nationalsozialisten wird für die weitesten Schichten des deutschen Volkes keinen Grund darstellen, Mitarbeit und Unterstützung der Nationalsozialisten abzulehnen.

Es genügt nicht, wenn man von jüdischer Seite bei Besprechung der nationalsozialistischen Gefahr sich darauf beschränkt, die Nationalsozialisten mit Ausdrücken reaktionär, blutrünstig, mittelalterlich, faschistisch, judenhetzerisch usw. abzutun. Es ist zu verstehen, daß Juden zwecks Abreaktion ihrer berechtigten Empörung gegenüber den Nationalsozialisten und ihres Entsetzens über die Duldung und Förderung der Nationalsozialisten durch mächtige Faktoren der Industrie und Wissenschaft zunächst sich in starken Ausdrücken Luft machen. Diese Methode ist aber unzureichend. *Man muß das Problem der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Deutschland von jüdischer Seite leider sehr ernst nehmen.* Man muß untersuchen, wie es möglich war, daß diese Partei in wenigen Jahren bis zur heutigen Bedeutung emporwachsen und einen schwerwiegenden Einfluß im politischen Leben erringen konnte. Soweit ist schon das allgemeine Verständnis für soziologische Vorgänge gediehen, daß man es ablehnt, das Phänomen eines derartigen Aufstiegs nur mit geschickter Propaganda, Verhetzung, Drahtziehertum und Schaumschlägerei zu erklären. Ob es uns Juden paßt oder nicht: etwas muß schon in dieser Nationalsozialistischen Partei stecken, das einem tatsächlichen Bedürfnis weiter Schichten des deutschen Volkes entgegenkommt. Sonst könnte diese Partei unmöglich Hunderttausende von Kleinbürgern, Beamten, Professoren, Studenten und auch Arbeitern um ihre Fahnen sammeln. Man hat die Nationalsozialisten eine Konjunkturpartei genannt. Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, ob diese Bezeichnung zutrifft oder nicht. Aber auch in dieser Bezeichnung liegt ja das Zugeständnis, daß die Konjunktur in Deutschland dem Wachstum der Nationalsozialisten günstig *war* und, wie uns scheint, auch noch heute günstig *ist*.

Im Programm der Nationalsozialisten ist für uns Juden besonders der Teil interessant, der dem „Sozialismus" gewidmet ist. Der Nationalismus dieser Partei ist eine Reaktion auf den verlorengegangenen Krieg, eine Reminiszenz an die Weltgeltung Deutschlands vor dem Kriege und der Ausdruck eines gesteigerten Geltungsbedürfnisses gegenüber dem übermächtigen Aufstieg der ehemaligen Kriegsfeinde Deutschlands. Unserer Meinung nach haben die nur nationalistischen Bewegungen in der ganzen Welt ihren Höhepunkt überschritten. Wenn irgendwo Chauvinismus, einerlei bei welchem Volke, versucht, alle anderen Lebensprobleme zu verschleiern, so ist er nur als ein hoffnungsloser Nachzügler einer überwundenen Periode der historischen Entwicklung zu betrachten. Das gilt für jede Art Nationalismus, mag er sich Faschismus nennen oder soeben zu nationalem Leben erwachende Völker betreffen. Die nationalistische Phraseologie der Nationalsozialisten, ihr Wotankult usw., so rückschrittlich, aggresiv, primitiv und unsinnig sie auch sein mag, stellt nicht das wesentliche Gefahrenmoment dar, das die Juden in Deutschland ernstlich bedroht. *Viel wesentlicher ist in dieser Beziehung die Verbindung dieses Nationalismus mit einem sogenanntem Sozialismus.* Dieser ist darum so gefährlich, weil er unklar ist und eine Verfälschung einer Gesellschaftstheorie darstellt, die in ihrer allgemeinen Fassung viele Juden, sofern sie Nutznießer und Träger der kapitalistischen Ordnung sind, in stärkster Weise tangiert, aber nicht das Verletzende und Ausschließliche hat, sich gerade und hauptsächlich gegen die Juden als Juden zu richten. Anders beim „Sozialismus" der Nationalsozialisten. Dieser ist tatsächlich nichts anderes, als ein „Sozialismus des Antisemitismus". Er wendet sich in erster Linie gegen das Handelskapital und im gewissen Maße auch gegen das Finanzkapital, läßt aber das mächtigste Kapital, nämlich das der Schwerindustrie und der Latifundien, praktisch und auch theoretisch außer Betracht. Nun liegen die Verhältnisse in Deutschland, und nicht nur in Deutschland, tatsächlich so, daß gerade Handelskapital und in gewissem Maße auch Finanzkapital im gegenwärtigen Stadium ihrer Entwicklung die Legung kleiner selbständiger Existenzen von Gewerbetreibenden und Kleinkaufleuten bewirken, während die Schwerindustrie diesen Prozeß der Verdrängung kleinerer Betriebe schon vor Jahrzehnten restlos gewonnen hat. In der Konzentration des Handelskapitals wie bei Warenhäusern, Kettenläden (Konfektion, Schuhwaren, Lebensmittel), Versandgeschäften, Abzahlungsmagazinen (Möbel, Trikotagen, Wäsche usw.) spielen in Deutschland die Juden tatsächlich eine bedeutende Rolle. Nach dem Kriege haben auch in verschiedenen Finanzinstitutionen einzelne Juden beherrschende Stellungen wieder erlangt, nachdem vor dem Kriege in den deutschen Großbanken die Juden systematisch durch eine zunehmende Bürokratisierung verdrängt worden waren. Jüdische Finanziers und Organisatoren hatten im übrigen bei der Wahl ihrer Betätigung in der deutschen Wirtschaft nicht viel Möglichkeiten. Von der Schwer- und chemischen Industrie werden sie seit langem ferngehalten und die Nachkriegs-Beispiele von jüdischer Betätigung auf diesen Gebieten sind Ausnahmen gewesen, die bald zum Verschwinden gebracht wurden. Die jüdische Unternehmergeist wurde durch die Verhältnisse auf das Finanzgeschäft und den Handel gedrängt. Aber auch aus vielen Zweigen des Handels werden die Juden systematisch vertrieben. Ein Beispiel für viele ist der Getreidehandel. Der wirtschaftliche Antisemitismus der Schwer-, chemischen Industrie und in gewissem Maße auch der Elektro-Industrie, trotz AEG., sowie der Landwirtschaft verweisen die Juden auf das reine Fertigwaren-Geschäft. Besonders sind es nun die Warenhäuser und die Einheitspreismagazine, die in die Augen springen, schon deswegen, weil diese Geschäfte zwecks Werbung der Massenkundschaft die ausgedehnteste Reklame machen müssen. Die Bevölkerung erfährt kaum etwas von der J. G. Farbenindustrie, von Merck, von Schering und vom Stahlverband, wohl aber aus tausenden Inseraten von den „jüdischen" Warenhäusern. Diese machen den Zwergläden das Leben tatsächlich schwer. Was ist natürlicher, als daß der kleine Händler die Ursache seiner Not im „jüdischen" Warenhaus erblickt, das ihn niederkonkurriert, und daß er der Agitation der Nationalsozialisten hemmungslos zugänglich wird? Das Tragische ist jedoch, daß die großen Warenhäuser und Kettenläden mehr jüdische Kaufleute und Kleinhändler schädigen, als nichtjüdische. Diese kleinen jüdischen Existenzen haben also doppelt zu leiden: einerseits werden sie von dem konzentrierten Handelskapital bedrängt, andererseits sind sie die ersten Opfer der wirtschaftlich-antisemitischen Agitation, die den großkapitalistischen Warenhäusern nur in geringem Maße schadet, den kleinen jüdischen Kaufmann aber an den Bettelstab bringt.

Ein weiteres Kapitel, das von den Nationalsozialisten als Agitationsstoff benutzt wird, ist die Betätigung der Juden in freien Berufen, bei linken Parteien, in der Filmindustrie, im Theaterbetrieb, in der literarischen Kritik usw. Die Juden sind auf diese Form der Betätigung angewiesen, weil sie nur sehr schwer als Beamte oder Angestellte in Firmen, die nicht ausschließlich jüdisch sind, Aufnahme finden. So wichtig oder unwichtig für das Gesamtleben nun diese Betätigung in den genannten Berufen sein mag, eines hat sie an sich: sie ist weithin sichtbar. Von Theater- und Filmdirektoren spricht man überall. Es ist leicht, die allgemeine Unzufriedenheit — und Gründe für eine solche sind stets vorhanden — gegen die Juden zu lenken.

Was sollen nun die Juden tun? Ihre Geschichte, ihre Entwicklung als bürgerliche Stadtmenschen, ihre jahrhundertelange Zusammenpferchung auf wenige Berufe, die Verdrängung aus vielen Wirtschaftsgebieten, haben zur Folge, daß sie sich so betätigen, wie sie es tun.

Man tröstet sich damit, daß, ähnlich wie manche vorangegangenen antisemitischen Parteien, auch der Nationalsozialismus im Laufe seiner Entwicklung seinen Antisemitismus abbauen und zahmer werden wird. Ob eine derartige Entwicklung wahrscheinlich ist, kann niemand voraussagen. Unwahrscheinlich ist jedoch, daß trotz der bestehenden Struktur der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland in Zukunft die wirtschaftliche Betätigung der Juden prozentual so auf alle Wirtschaftsgebiete verteilt sein wird, daß die Juden wirtschaftlich nicht mehr auffallen. Die Juden mögen in höherem oder geringerem Maße assimiliert sein, immer bewahren sie jedoch gewisse charakteristische Eigenschaften und Merkmale, durch die sie sich von ihrer Umgebung unterscheiden. Dadurch sind die Juden leicht zu eruieren, und da nun jede Art von Unzufriedenheit das Bedürfnis hat, nach der nächstbesten und mit besonderer Vorliebe nach der Ursache zu suchen, die sich am wenigsten zur Wehr zu setzen vermag, so wird stets die Möglichkeit zu neuen antijüdischen Bewegungen gegeben sein.

Sicherlich ist richtig, daß von jüdischer Seite nichts unterlassen werden soll, um sich gegen derartige Gefahren zu schützen. Man darf sich aber nicht der Täuschung hingeben, man werde durch noch so intelligente Aufklärungsarbeit die Nationalsozialisten überzeugen. Leider wird man ebensowenig imstande sein, diejenigen Kreise der Bevölkerung, welche durch die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage ein geeignetes Objekt für die nationalsozialistische Agitation darstellen, durch Belehrung gegen den Nationalsozialismus immun zu machen. Aber einerlei, ob man bei der Aufklärungs- und Abwehrarbeit mit einem vollen Erfolg zu rechnen vermag — es ist eine natürliche Reaktion, wenn man alles unternimmt, um sich zu wehren. Hierbei soll man sich jedoch den Grundsatz vor Augen halten, daß man bei dieser Arbeit alles aufs Spiel setzen darf, nur nicht die menschliche und jüdische Würde. Voraussetzung für eine derartige Arbeit ist Kenntnis der Lage, genaues Studium der Verhältnisse, gründliche Erforschung der Struktur der jüdischen Gemeinschaft, Untersuchung der Gefahr und — *Selbsthilfe*. M. W.

Kulturbilanz 1929.

Von Dr. D. Samuel, Essen.

Hatten wir in alten Tagen nicht weniger als vier Jahresanfänge, so darf man uns jetzt deren zwei vergönnen: Rauschaschono und Kalenderneujahr. Auch letzteres ist ein wichtiger Zeiteinschnitt; nach ihm rechnet die große Welt, in der wir nun einmal so vielfach verflochten sind. Wir schulden es unseren Lesern, eine kurze Kulturbilanz zu ziehen.

Kennzeichen der neuen Zeit ist es offenbar, die engen, nationalen Grenzen zu überschreiten, und überall Weltzusammenhänge anzubahnen oder zu festigen. So auch im Judentum der einzelnen Länder und Staaten. Drei wichtige Fragen bewegten die Gemüter vornehmlich; alle drei münden in eine Weltbewegung: die Frauen-, die Mittelstands- und die Friedensbewegung.

Die im Frühjahr in Hamburg und Berlin abgehaltenen jüdischen Frauenkongresse waren auf ganz große Gesichtspunkte eingestellt. Zum Beweis genügt es, wenn wir an die Themen der Vorträge und Referate erinnern, die zunächst die Weltkonferenz jüdischer Frauen unter dem Vorsitz von Mrs. Rebekka Kohut erinnern: Die Rechtsstellung der Frau im Religionsgesetz (Ehe, Scheidung, Mutterschutz); die Individualerziehung des jüdischen Mädchens unter Verwertung der modernen, psychologischen Erkenntnisse und mit dem Ziel einer Stärkung aller Lebensenergien; soziale Frauenarbeit; Berufsberatung; Mitwirkung der Frau in der Gemeinde; Kulturarbeit der Frau im neuen Palästina. Referenten waren: Lizzie Hands, Siddy Wronsky, Rosie Henriques, Paula Allendorf, Ines Pollak und Anita Müller-Cohen in Gemeinschaft mit Helene Hanna Thon. Und wir brauchen uns nur die Berliner 25jährige Jubiläumstagung des Frauenbundes vom Juni 1929 unter dem Vorsitz von Frau Brenner zu vergegenwärtigen, um in fast allen Reden, besonders aber in der Veranstaltung „Jüdische Frauen im Ausland“ die gleiche Note der Weltverbundenheit über alle politischen Grenzen hinaus wiederzufinden. Die Hoffnung ist nicht allzu gewagt, daß das bewunderungswerte Ringen der Frau nach neuem Lebensinhalt und neuer Bedeutung im Judentum belebend und erfrischend auf unsere jüdische Kultur sich erweisen wird.

Die Not der Zeit hat sich ferner in zehn Nachkriegsjahren besonders ausgewirkt als wirtschaftliche Krise des Mittelstandes. Hatte schon die Inflation diesen am härtesten betroffen, die Altersrente zerstört, Ueberalterte in neuen Daseinskampf gestürzt und zum Berufswechsel gezwungen, so kamen hinzu die neue Kapitalbildung, die Ausdehnung der Warenhaus- und anderer Konzerne und die Herabminderung der Kaufkraft weiter Bevölkerungsschichten, um den gewerblichen Mittelstand und das Handwerk in seinem ganzen Bestande zu gefährden. Kein Zufall war es daher, daß der Ruf nach neuen Kreditinstituten als der wirksamsten Hilfe für den Kleinkaufmann und den Handwerker erscholl, dem sich die großen Banken versagten. Während die Gründung in Mittelgemeinden (wie z. B. Essen) noch im Vorstadium der Diskussion stecken geblieben ist, sind Großgemeinden, wie Berlin (unter Leitung von Direktor Dr. e. h. Kleemann), Breslau, Hamburg, Leipzig und Dresden mutig vorangegangen und haben Genossenschaftsbanken für den jüdischen Mittelstand teils neu begründet, teils wieder gestützt. Zudem hat der Bund jüdischer Handwerker in Deutschland (Vorsitzende die Herren Marcus und Wolff) einem „Weltverband“ die Wege geebnet, dessen Konstituierung den internationalen, insbesondere von Polen, Belgien und der Tschechei beschickten Kongreß zu Beuthen im Mai 1929 krönte. Es wäre verfrüht, von diesem Verbande, der sich dem für den Osten längst wirkenden „Ort“ an die Seite stellt, bereits praktische Erfolge zu verlangen. Die Fragen des soliden, jüdischen Mittelstandes, insbesondere aber des Handwerks und in Verbindung damit der Bodenkultur sind wieder in die Erörterung der Massen geworfen; damit auch die Fragen der Berufsumschichtung und der Ausbildung unseres Nachwuchses; und sie werden nicht mehr verstummen.

Laut und eindringlich pocht auch die neue jüdische Friedensbewegung an unsere Tore, die sich nicht etwa aus konfessionellem Absonderungstrieb, vielmehr zur Mobilmachung uralter schlummernder Kräfte in der jüdischen Gemeinschaft gebildet hat. Wieder ist es ein „Weltbund“, dem der jüdische Friedensbund sich angliederte und in dessen Rahmen er gleich dem „Katholischen Friedensbund“ eine „Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen“ eingegangen ist. Am 16. Oktober v. J. trat diese zum ersten Male mit einer Kundgebung „Religion und Weltfriede“ in der Hochschule für Musik zu Charlottenburg an die Oeffentlichkeit, und durfte Dr. Leo Baeck den Reigen der Reden mit einem Referat „Judentum und Weltfrieden“ eröffnen. Wenn die Friedensliebe heute, so führte er aus, im Wesen des Judentums unlösbar wurzelt, so ist das ein Ergebnis jahrtausendelanger Erziehung. Für das Judentum war der Friedensgedanke nicht eine bloße Schwärmerei, ein Ziel ohne Weg, eine Musik ohne Werke. Es war eine Verheißung, aber gleichzeitig ein Gebot, eine sittliche Aufgabe. Der Friede ist für das Judentum ein Weg der Opfer, der Hingebung um des Zieles willen, daß die Menschheit die höchste, ihr vorgezeichnete Entwicklung erreiche. — Wenn damals der protestantische Pfarrer D. Dehn erklärte, der Staat dürfe nicht mehr verlangen, daß die Gebote Gottes für ihn außer Kraft gesetzt würden; und der Dominikanerpater Franziscus Stratmann: dem modernen Kriege mit seinem unmenschlichen Charakter gegenüber müsse es heißen: Nein! Es muß für unanständig gelten, einem Giftgaschemiker oder Rüstungsindustriellen die Hand zu geben. — Dann dämmert die Hoffnung auf, daß der Ruf „Nie wieder Krieg“ zum Orkan anschwelle und bald von der Parole: „Alle Kraft für die Werke des Friedens, und aller Geist für seine Sicherung auf Erden“ abgelöst werde. Wenn sich überall, wie jüngst in Essen, Männer wie Martin Buber zu Aposteln diese Idee machen, kann dieser Wandel nicht lange auf sich warten lassen.

Kulturbilanz! Wir haben in unserem Ueberblick die Bewegung zur Beteiligung an der Jewish Agency unberührt gelassen, weil das Urteil darüber, zumal in der deutschen Judenheit, noch ungeklärt ist. Kein Zweifel, daß auch hier neues Kulturleben sich ankündigt, das nur der Form nach Nationalismus, dem Gehalt nach höchster Menschheitswert bedeutet. Mag der Bund von Zürich seine Honigmonate genießen, in die das Schicksal schon Bitternis genug getan hat; lassen wir ihm Zeit zur Reife und Bewährung.

Das Fehlurteil gegen Halsmann.

In Wien ist Philipp Halsmann vom Obersten Gerichtshof endgültig als Mörder seines eigenen Vaters stigmatisiert. Diese Nachricht hat in der öffentlichen Meinung der ganzen Welt, sofern sie sich den Sinn für Recht und Gerechtigkeit bewahrt hat, Entsetzen hervorgerufen. Erschüttert steht man vor der Tatsache, daß das Räderwerk der Paragraphen unerbittlich jeden zermalmt, der, einerlei wie sich der gesunde Menschenverstand zu dem Falle verhält, in die Maschinerie hineingeraten ist. Wenn man von all diesen Prozeduren, Zeugenaussagen, Sachverständigen-Gutachten und dem tausendfachen Für und Wider der einzelnen Darstellungen der Mordtat am alten Halsmann absieht und nur den gesunden Menschenverstand reden läßt, so kommt man im Vereine mit allen unverbildeten, klarsehenden Menschen zur Ueberzeugung, daß der junge Halsmann nicht den geringsten Grund hatte, das scheußliche Verbrechen an seinem eigenen Vater zu verüben. Aber Halsmann ist Jude; der Unglücksfall passierte in dem antisemitisch-verseuchten Lande Tirol; die meisten Zeugen waren dumme, im Urinstinkt judenfeindliche Menschen. Der Prozeß fand in einer verhetzten Umgebung statt. Die Geschworenen unterschieden sich in keiner Weise von den Hauptbelastungszeugen, und so kam es zweimal zu einer Verurteilung des jungen Halsmann durch die Volksrichter. Die Geschworenen und Zeugen müssen nicht notwendigerweise bewußte Rechtsbrecher und Lügner sein, aber sie sind voreingenommen gewesen, und daraus erklärt sich diese ganz unbegreifliche Rechtsprechung. Daß das Oberste Gericht in Wien nicht den Mut aufgebracht hat, die Angelegenheit nach Menschlichkeit und gesundem Verstand zu ordnen, sondern sich hinter Formalismus und Paragraphen verschanzt hat, läßt selbst an den höchststehenden, sogenannten Wahrern des Rechts verzweifeln. Mit diesem Urteilsspruch darf der Fall Halsmann nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Es gibt noch zwei Möglichkeiten: Wiederaufnahmeverfahren und Begnadigung. Wir wollen hoffen, daß der Kampf um das Recht im Falle Halsmann doch noch siegreich beendet werden wird. Die jüdische Oeffentlichkeit fühlt sich mit dem Schicksal der Familie Halsmann solidarisch. Diese Familie leidet nicht nur unter der Tücke eines grausamen Geschicks, sondern auch unter der Tatsache, daß sie jüdisch ist. Darum ist ihre Angelegenheit, abgesehen davon, daß sie Sache des allgemeinen über Nation und Konfession stehenden Rechts ist, auch eine Sache der jüdischen Gesamtheit.

*

Die Empörung über das Halsmann-Urteil des Wiener Kassationshofes.

Berlin. (JTA.) Die deutsche Liga für Menschenrechte hat ihrer österreichischen Schwesterliga telegraphiert: „Entsetzt über den unbegreiflichen Spruch des Kassationshofes im Falle Halsmann bietet die deutsche Liga für Menschenrechte ihrer österreichischen Schwesterliga jegliche Unterstützung in dem weiteren Kampfe ums Recht an.“

Die internationale Liga zum Kampfe gegen den Antisemitismus, Sitz Paris, hat die Ligen für Menschenrechte in Deutschland, Oesterreich und Frankreich zu ihrem Eintreten für die Unschuld Philipp Halsmanns beglückwünscht und dabei auf die antisemitischen Manifestationen hingewiesen, die sich im Verlauf der Gerichtssitzungen in Innsbruck ereignet haben, und die dem Prinzip der Unparteilichkeit der Justiz ins Gesicht schlugen.

Unter der Ueberschrift: „Das Fehlurteil im Prozeß Halsmann" schreibt die „Frankfurter Zeitung" im Leitartikel vom Sonnabend abend u. a.: „Mit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Wien ist dieser Fall keineswegs abgeschlossen. Er wird auch dann nicht abgeschlossen sein, wenn durch eine Begnadigung die Strafvollstreckung aufgehoben würde. Denn es handelt sich gar nicht in erster Reihe um den Einzelfall, sondern um einen grundsatzlichen Kampf für das Recht, das durch die Entscheidungen der österreichischen Gerichte in schwere Gefahr geraten ist, in Gefahr geraten, auch nach dem Urteil namhafter österreichischer Juristen. Kaum je ist in einem Mordprozeß die Untersuchung so leichtfertig und so unfähig geführt worden wie hier, wo man von Anfang an nur an dem einen Verdacht gegen den Sohn des Erschlagenen festhielt und darüber die Verfolgung aller Spuren gegen andere unterließ. Und ebenso leichtfertig ist der Indizienbeweis aufgebaut worden, der für kein verantwortungsbewußtes Gericht hätte ausreichen dürfen. Nur die politische Atmosphäre in Innsbruck hat das Urteil möglich machen können. Nicht die Spur eines Motives für eine solche Tat Philipp Hansmanns ist vorhanden. Als Indizium liegt nur der Umstand vor, daß die Darstellung des jungen Halsmann über die Verunglückung seines Vaters nicht mit dem tatsächlichen Befund übereinstimmte. Das Innsbrucker Fakultätsgutachten ist oberflächlich, unwissenschaftlich und voller Widersprüche; es kann keiner ernstlichen Prüfung standhalten. Das schlimmste ist, daß die ganze Untersuchung und Prozeßführung der wirklichen Aufklärung der Tat auf das schwerste entgegengewirkt hat.

Hilfswerk für jüdische Studenten.

Deutsche Lehranstalten sind von jeher von jüdischen Studierenden aus den östlichen Ländern Europas gern aufgesucht worden. Dies geschah wegen des hohen Standes der deutschen Wissenschaft und des auch schon in der Vorkriegszeit in Osteuropa herrschenden Antisemitismus. Der Hilfsverein der Deutschen Juden, der es sich u. a. zum Ziel gesetzt hat, an der kulturellen Hebung der Juden im Osten mitzuarbeiten, hat sein besonderes Interesse den Studierenden zugewandt, denen die Wege zu ihrer Fortbildung so gut wie verschlossen waren. Nach dem Kriege befanden sich in Deutschland mehrere tausend jüdische Studenten zum größten Teil in bitterer Not, die sich um so mehr steigerte, als die Möglichkeiten, von den Angehörigen unterstützt zu werden, infolge der politischen Wirren und wirtschaftlichen Zerrüttung in Osteuropa immer mehr schwanden.

Die Lage vieler junger Menschen, die jahrelang unter den größten Entbehrungen gearbeitet hatten, war eine verzweifelte. Es galt zunächst, ihnen Hilfe zu bringen. Dr. Paul Nathan, einer der Mitbegründer und Führer des Hilfsvereins, regte im Sommer 1924 beim Hilfsverein eine Hilfsaktion an und setzte sich mit größter Hingebung für die Durchführung derselben ein. Der Hilfsverein übernahm die Leitung der Aktion; er interessierte die Jewish Colonization Association und das American Joint Distribution Committee für dieses kulturell außerordentlich bedeutungsvolle Hilfswerk. Von diesen zwei Organisationen sind im Laufe der letzten Jahre dem Hilfsverein für das Studentenhilfswerk beträchtliche Summen zur Verfügung gestellt worden. Ferner sind von einzelnen jüdischen Gemeinden und Privatpersonen Beträge beigesteuert worden. Die dem Hilfsverein überwiesenen Gelder wurden dem Verband der Jüdischen Studentenvereine in Deutschland zugeführt, der den Hilfsverein von Semester zu Semester über die Höhe der jeweils erforderlichen Summen für Prüfungs- und Studiengebühren sowie für Stipendien informierte. Der Hilfsverein bewilligte dem Studentenverband aus eigenen Fonds nicht unbeträchtliche Mittel und unterstützte noch gesondert eine Anzahl von Hörern. Im ganzen sind für diese Aktion von Mitte 1924 bis Ende 1929 rund 177 000 Mark vom Hilfsverein aufgebracht und verausgabt worden. Mit diesen Summen konnte der Hilfsverein einer sehr großen Zahl von jüdischen Studenten den Abschluß ihres Studiums an deutschen Lehranstalten ermöglichen; insbesondere auch solchen jüdischen Akademikern, die infolge der numerus clausus-Bewegung in Ungarn, Polen und Rumänien deutsche Hochschulen aufzusuchen genötigt waren. Die Aktion wird fortgesetzt.

Im ganzen wurden vom Sommersemester 1924 bis zum Sommersemester 1929 1471 Studenten unterstützt, an den Universitäten in Berlin, Breslau, Erlangen, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Göttingen, Halle, Jena, Kiel, Köln, Königsberg, Leipzig, Marburg, Würzburg, den Technischen Hochschulen in Berlin, Braunschweig, Darmstadt, Hannover und den Technischen Anstalten in Altenburg, Arnstadt, Frankenhausen, Hainichen, Köthen, Mittweida, Oldenburg, Strelitz, Wismar, Zwickau. 814 Studenten haben ihr Studium beendigt. Hiervon studierten Technische Wissenschaften 322, Medizin 229, Naturwissenschaften 105, Philosophische Wissenschaften 82, Landwirtschaft 31, Handelswissenschaft 28, Rechtswissenschaft 12, Musikwissenschaft 5.

Den Absolventen mußten Mittel zur Heimreise — etwa 57 Prozent der Gesamtzahl der Absolventen kehrten nach ihren Heimatländern zurück — zur Verfügung gestellt werden. Der Hilfsverein trug zu den Kosten aus seinem Emigrationsbudget vielfach bei. Ein Teil verblieb in Deutschland, andere begaben sich nach Frankreich, Palästina und überseeischn Ländern, wobei wiederum der Hilfsverein dank seinen weit verzweigten Verbindungen mit jüdischen Organisationen und Institutionen in diesen Ländern die nötigen Informationen einholen konnte.

Als die Hilfsaktion eingesetzt hatte, hob Paul Nathan in einer Ansprache, die er in einer einberufenen Konferenz gehalten hatte, hervor, daß die Studenten aus dem Osten dank ihrer Ausbildung in Deutschland eine bedeutsame Mission in ihren Heimatländern zu erfüllen berufen seien. Es sei darum Pflicht der deutschen Judenheit, die Notlage der Studierenden zu erleichtern und ihre intellektuelle Entwicklung zu fördern.

Jüdische Nachrichten.

Vor dem Schächtverbot in Bayern.

Wien, Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags beriet heute den Gesetzentwurf betreffend die Betaubung der Schlachttiere, der auch für das rituelle Schächten den Betaubungszwang einführen will. Der Berichterstatter Dr. Scharnagl (Bayer. Vp.) wies darauf hin, daß die rituellen Juden das Schachten der Schlachttiere als eine bindende religiöse Vorschrift betrachteten und die Sachverständigen nicht einig darüber seien, ob jetzt schon eine den Vorschriften genügende Betaubungsmethode gefunden sei. Es entstehe deshalb das Bedenken, daß hier ein Eingriff in die Gewissensfreiheit drohe, der nicht ohne weiteres gewagt werden könne. Nach seiner Auffassung sei die Frage noch nicht geklart. Der Mitberichterstatter Dr. Buttmann (Nationalsozialist) behauptete dagegen, durch das elektrische Betaubungsverfahren würden die religiösen Vorschriften des Judentums nicht verletzt werden.

In der Erörterung sprach sich Abg. Högner (S.) unter Berufung auf die Stellung der Tierarzte und Schlachthofdirektoren für den Gesetzentwurf aus, fügte aber bei, daß seine Fraktion noch keine Stellung genommen habe. Von einem Eingriff in die Gewissensfreiheit tonne nicht die Rede sein, höchstens von einem Eingriff in die Kultfreiheit, die durch die Reichsverfassung ausdrücklich an die Schranken der allgemeinen Gesetze gebunden sei. Die sozialdemokratische Fraktion wünsche aber, daß bei Durchführung des Gesetzes auf die religiösen Empfindungen möglichst Rücksicht genommen würde. Die Vertreter des Bauernbundes, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei sprachen sich gleichfalls für den Entwurf aus

Strasser fürchtet den Central-Verein.

Berlin. (JTA.) Vor der Berufungsstrafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siegert stand der nationalsozialistische Abgeordnete Strasser, der vom Schöffengericht in Oranienburg wegen Beleidigung des Ministerpraisidenten Braun, des Ministers Hirtsiefer und verschiedener politischer Persönlichkeiten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist und gegen das Urteil Berufung eingelegt hatt. Die Verhandlung gegen Strasser verzögert sich durch ein Ablehnungsgesuch. Strasser lehnte den Beisitzer, Landgerichtsrat Danziger, wegen Befangenheit ab und begründete seinen Ablehnungsantrag damit, daß Landgerichtsrat Danziger Mitglied des Central-Vereins deutscher Staatsangehöriger jüdischen Glaubens ist. Danziger erklarte, er sei nicht Mitglied des Central-Vereins und fühle sich nicht befangen, woraufhin der Ablehnungsantrag zurückgezogen wurde. Nach mehrstündiger Beratung wurde am Freitag abend vom Vorsitzenden das Urteil gegen Strasser verlesen. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hin wurde das erste Urteil dahin abgeändert, daß der Angeklagte wegen Beleidigung in fünf Fallen, davon in zwei Fällen gleichzeitig wegen übler Nachrede, und wegen Beschimpfung der Republik in vier Fällen zu einer Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis und 600 M. Geldstrafe verurteilt wird. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr und sechs Monate Gefängnis beantragt. Unter den Klägern befanden sich der preußische Ministerpräsident Braun, der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, der Berliner Polizeipräsident Dr. Weiß und eine Reihe Berliner und Essener jüdischer Rechtsanwälte.

50 Jahre Leonhard Tietz - Dr. h. c. Alfred Tietz.

Köln. (J.T.A.) Tausende von Freunden und Angestellten des großen Warenhauses Leonhard Tietz A.-G., das auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblickt, versammelten sich im Kongreßsaal der Messe zu Köln am Sonntag nachmittag, um das Jubiläum der Firma festlich zu begehen. Die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, sowie die Handelskammern und die befreundeten Firmen des In- und Auslandes waren vertreten. Generaldirektor Alfred Tietz, der Seniorchef der Firma, gab die Gründung einer Pensionskasse für die Angestellten bekannt, deren Beiträge die Firma allein trägt. 250 000 Mark werden den Oberbürgermeistern der Städte, in denen Filialbetriebe bestehen, für Ortsarme zur Verfügung gestellt. Außerdem wird aus privaten Mitteln des Vorstandes und Aufsichtsrates eine Leonhard-Tietz-Stiftung mit vorläufig 125 000 Mark für Fälle besonderer Art errichtet.

Regierungspräsident Elfgen sprach im Namen der staatlichen Behörden, Bürgermeistr Dr. Matzerath für die Stadt Köln. Geheimrat Louis Hagen überbrachte die Wünsche der Handelskammer.

Der Präsident der Internationalen Studiengesellschaft für Betriebsführung in Warenhäusern überbrachte deren Glückwünsche.

Die Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln hat die Promotion des Herrn Alfred Tietz zum Dr. h. c. vorgenommen.

Die Firma Leonhard Tietz, die heute als große Aktiengesellschaft in der Hauptsache im westlichen Deutschland domiziliert, ist 1879 in Stralsund von Leonhard Tietz mit einer Verkäuferin und einem Lehrling als Kurz-, Weiß- und Wollwarengeschäft begründet worden. Leonhard Tietz stammte aus Birnbaum, einem kleinen Städtchen an der Warthe. Im Jahre 1888 verlegte die Firma ihr Haupttätigkeitsgebiet ins Rheinland. Aus dem Kurz-, Weiß- und Wollwarengeschäft entwickelte sich dann langsam das Warenhaus, 1905 erfolgte die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. 1914 starb Leonhard Tietz. Die Firma Lonhard Tietz hat stets nicht nur nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit gehandelt, sondern auch eine soziale und geistige Arbeit und eine großzügige soziale Fürsorge für das Personal geleistet.

Aus der Gemeinde Bremen

Die nächste Ausgabe des Jüdischen Gemeindeblattes erscheint am 15. Februar. Redaktionsschluß 10. Februar 1930.

Beiträge für den lokalen Teil sind „an die Schriftleitung des Jüdischen Gemeindeblatts, Bremen, Gartenstraße 7", zu senden.

Gebetzeiten der Israelitischen Gemeinde Bremen.

Morgengebet	Minchah	Abendgebet	Februar 1930		Sch'wat 5690		
7^{15}		17^{10}		31.1.	Fr.	2	
8^{30}	17	17^{55}		1	Sa.	3	Waëra (2. Mos. 6^{2}—9^{35}) Haft.: Ezeck. 28^{25}—29^{21}
7^{15}		17		2	So.	4	
7^{15}		17		3	Mo.	5	
7^{15}		17		4	Di.	6	
7^{15}		17		5	Mi.	7	
7^{15}		17		6	Do.	8	
7^{15}		17^{20}		7	Fr.	9	
8^{30}	16^{30} 17^{30}	18^{07}	Jugend-G'dienst	8	Sa.	10	Bo (2. Mos. 10^{1}—13^{16}) Jugend-G'dienst 16^{30} Haft.: Jerem. 46^{13}—^{28}
7		17^{30}		9	So.	11	
7		17^{30}		10	Mo.	12	
7		17^{30}		11	Di.	13	
7		17^{30}		12	Mi	14	
7		17^{30}		13	Do.	15	
7		17^{30}	15. Sch'wat (Neujahr der Bäume)	14	Fr.	16	Chamischah-assar b'Sch'wat
8^{30}	17^{15}	18^{19}		15	Sa.	17	B'Schalach. Sabbat Schirah (2. Mos. 13^{17}—17^{16}) Haft.: Richter 4^{5}—5^{31}

Familien-Nachrichten.

Barmizwah. 8. Februar: Hermann Grünberg, Sohn des Herrn Herm. Grünberg und Frau Elisabeth, geb. Gerken, Wiesbadener Straße 30.

70. Geburtstag. 2. Februar: Eduard Ries, Hutfilterstr. 1.

Gestorben. 15 Januar: Jacob Kupferstein, 85 Jahre alt (überführt nach Lüneburg). — 21. Januar: Gottfried Isaac, Donaustr. 71, 69 Jahre alt.

Jahrzeit, am Vorabend des angegebenen Tages beginnend:

2. Februar: Harry Cohen, Jul. Fränkel, Is. Hirschfeld.
3. Februar: Adolf Orbach.
4. Februar: M. Bottwin, G. Wolken.
6. Februar: Marcus Klein.
7. Februar: Max Cohn.
10. Februar: Alfred Scherbel.
12. Februar: Wolf, Hermann und Ad. Grünberg.
13. Februar: Franz Joseph.
14. Februar: Levy Körbchen, Bernhard Anspacher.

Wer zu Hause kein Jahrzeitlicht anzündet, hat Gelegenheit, gegen geringes Entgelt die Gedächtnis-Licht-Einrichtung in der Synagoge zu benutzen. — Anmeldung beim Gemeindediener. — Wer Jahrzeit hat, pflege den schönen alten Brauch, sich im Gedenken an seine Lieben durch Spenden an unsere Gemeindevereine sozial zu betätigen.

Gemeindesteuern. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Gemeindevorstandes vom 18. Dezember 1929 erinnern wir die verehrlichen Mitglieder daran, daß die Januar-Rate am 10. Januar fällig war und daß die Februar-Rate bis zum 10. Februar auf Postscheckkonto 8083 Hamburg oder an die Darmstädter und Nationalbank zu überweisen ist. Nach Ablauf des Februar-Termins fertigt das Büro kostenpflichtige Mahnzettel aus. Zwecks Vermeidung von Weiterungen wird dringend gebeten, die Zahlungsfrist genau innezuhalten.

Seelsorge. Herr Gemeinderabbiner Dr. Aber ist vom 24. Januar bis zum 2. Februar nach Breslau beurlaubt.

Jugendgottesdienst. Die Eltern der schulpflichtigen Kinder werden darauf aufmerksam gemacht, daß Sabbatnachmittag-Gottesdienst für sämtliche Schüler und Schülerinnen der Religionsschule am 8. Februar um 16.30 Uhr stattfindet.

Erziehungsfragen lautet das Thema, das sich Herr Z. Margulies für seinen Vortrag gestellt hat, den er am 2. Februar, 17.30 Uhr, im Lehrsaal vor der Agudas Jisroel-Gruppe zu halten beabsichtigt.

Vorsteherbund der Jüdischen Gemeinden Nordwestdeutschlands. Am 19. Januar hielt der Bund seine überaus gutbesuchte Tagung in Oldenburg ab. Einen ausführlichen Bericht finden unsere Leser an anderer Stelle dieses Blattes.

Kurse für Mütter der Kinder der Religionsschule. Es ist oft beobachtet worden, daß in vielen Häusern erfreulicher Weise der ernste Wille besteht, die Arbeiten der Kinder für die Religionsschule zu beaufsichtigen, aber die dazu erforderlichen Kenntnisse nicht vorhanden sind. Dies gilt namentlich hinsichtlich unserer schönen Anfängerfibel, die ganz andere, moderne Wege geht als die Fibeln von dazumal. Die Religionsschule richtet daher für die Mütter und Erziehungsberechtigten der Kinder, die gegenwärtig die Anfängerklasse besuchen bzw. zum kommenden Schuljahr angemeldet werden, einen Kursus ein, in dem methodische Winke zur Beaufsichtigung der häuslichen Arbeiten gegeben werden. Für den Kursus ist eine Stunde in der Woche, Dienstag 4—5 Uhr nachmittags in der Domschule beginnend am 11. Februar 1930 bis zum Schluß des Schuljahres vorgesehen. Meldung der Teilnehmer wird bis Freitag, den 7. 2. entgegengenommen.

Die Agudas-Jsroel-Gruppe Bremen hatte mit dem am Sonntag, den 12. Januar, im Gemeindehaus durch Herrn Lehrer Boley (Weener) abgehaltenen Vortrag einen besonderen Erfolg. Das Thema hieß „Was will Agudas-Jsroel?" In interessanten Ausführungen wurde von der Wichtigkeit der Heilighaltung des Schabbes, der Notwendigkeit des Thorastudiums unserer Söhne und der jüdischen Erziehung unserer Töchter gesprochen, den Hauptzielen der Agudas-Jsroel. In wunderbaren Farben wußte Herr B. die Weihe des Sabbats zu schildern, wie seine Eltern und Großeltern und auch er selbst ihre Zufriedenheit in der Ausübung dieses göttlichen Gebotes fanden. Es ist unmöglich, auf alle Einzelheiten hier näher einzugehen, der Beifall der Zuhörer bewies, wie sehr sie mit den begeisternden Worten des Redners einverstanden waren.

Die Jüdische Jugendvereinigung hatte ihre Mitglieder und Förderer am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags, zu einem Vortrag des Herrn Alfred Bonnin, Bielefeld, eingeladen. Der Referent sprach unter dem Thema: „Den Söhnen zur Warnung" über Emil Ludwigs Buch „Juli 14". Zunächst skizzierte der Redner die weltpolitische Situation vor dem Schuß von Serajewo, um dann ausführlich auf die Ereignisse des Juli 1914 einzugehen. Die Darstellung der politischen Fehler und diplomatischen Dummheiten und der Wühlarbeit der Militärs und Staatsmänner, die zu dem großen Morden führten, ließ die junge Generation, die aus eigener Erinnerung nichts mehr von Vorkriegsereignissen weiß, erkennen, wie leichtsinnige Verhetzung zu Katastrophen führt. Das hohe Niveau der Darstellung machte den Vortrag zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen den Krieg. — Man hätte dem Redner einen größeren Zuhörerkreis gewünscht.

Israelitischer Frauenverein. Auch im neuen Rechnungsjahr bleibt der Frauenverein seinem Vorhaben, den jüdischen Frauen Bremens allmonatlich einmal eine besondere Veranstaltung zu bieten, treu. Diesmal ist es gelungen, den Frauenarzt Herrn Dr. Walther Cohen-Bremen als Redner zu gewinnen. Unter Hinweis auf die heutige Anzeige werden die Mitglieder des Israelitischen Frauenvereins auf die am Dienstag, 11. Februar, in den Ratsstuben stattfindenden Abendvortrag aufmerksam gemacht, dessen lehrreicher Inhalt für jede Frau von Nutzen ist.

Agunaus-Hilfe. In der vergangenen Woche weilte Herr Rabbiner Grünfeld aus Neuyork, Rabbiner zweier orthodoxer ungarischer Synagogen in Bremen. Seine Reise nach Ungarn galt dem Zwecke, einer Frau mit neun Kindern, die von ihrem Manne verlassen war, beizustehen, in ihrer Heimat die behördlichen Beurkundungen zu sammeln, um mit Hilfe der amerikanischen Behörden den Mann zur Unterhaltungspflicht heranzuziehen und ihn an der Wiederverheiratung zu hindern. In Ungarn und Polen kommt es nämlich nicht selten vor, daß jüdische Ehen nur religionsgesetzlich, aber nicht standesamtlich geschlossen werden und die Männer ihre Familien im Stiche lassen und nach Amerika auswandern, wo ihr Verbleib oft nicht mehr nachzuweisen ist. Solche arme Frauen nennt man Agunaus. Sie können religionsgesetzlich nicht eher heiraten, als bis es gelingt, den Mann wieder ausfindig zu machen und ihn zur Uebergabe des Scheidebriefes, Gets, zu veranlassen. In Anbetracht der Tatsache, daß es gegen 60 000 Agunaus von den im Kriege verschollenen Männern abgesehen, gibt, ist die Hilfe für diese verlassenen Frauen eine dringliche Aufgabe der Judenheit. In Neuyork widmet sich ein Rabbinerkreis, der Degel Harabbanin, in dem Raw Grünfeld eine führende Stellung einnimmt, dieser Aufgabe. Diese Frage ist auch im Kreise der jüdischen Frauenorganisationen in Deutschland in jüngster Zeit öfters behandelt worden und hat in Frau Rabbiner Eschelbacher u. a. warmherzige Fürsprecherinnen gefunden.

50jähriges Jubiläum der Wanderarmen-Hilfe. Der Fürsorgeausschuß für jüdische Durchwanderer beginnt in diesen Tagen damit, die Ablösungsbeiträge zugunsten der Hilfsbedürftigen erheben zu lassen. Der Kassierer ist beauftragt, gegen Zahlung des Ablösungsbeitrages einen Block Wohlfahrts-Schecks auszuhändigen. — Es steht zu erwarten, daß sich, wie in früheren Jahren, kein Jude von dieser Fürsorgepflicht ausschließt. Der Fürsorge-Ausschuß tritt mit dem jetzigen Rechnungsjahr in das 50. Jahr seines Bestehens ein und rechnet auch aus diesem Grunde auf anerkennende Unterstützung aus allen Kreisen unserer Gemeinde.

Hochhaus Bamberger eröffnet!

Das größte und modernste Kaufhaus Bremens. Insgesamt 8900 qm Nutzfläche + 10 Stockwerke über dem Boden ragt der erste Bremer Wolkenkratzer + Fahrtreppen bis zum 4. Stock.

Vergrößerte Lebensmittel-Halle
mit allen hygienischen Einrichtungen der Neuzeit.

Frischfleisch-Verkauf
mit Lindes Kühltischen und Kühlräumen.

6 Frisier-Kabinen
für Damen und Herren.

Kinder-Frisiersalon
mit origineller Ausstattung.

Alle Abteilungen bedeutend erweitert!



Eine mindestens 50prozentige Steigerung unserer Leistungsfähigkeit!

Gebr. Hirschfeld

BREMEN, OBERNSTRASSE 41/43

Größtes Spezialhaus für Damen- und Kinderkonfektion am Platze, stets größte Auswahl zu bekannt billigen Preisen

---

Kaufhaus des Westens

Bremen
Bremerhavener Straße
Ecke Vegesacker Straße

Teppichhaus
Landwehrstraße
Ecke Schönebecker Straße

Verlag: S. Kaufmann, Kassel, Hohentorstr. 9, Druck: Volksblatt G. m. b. H. Kassel